

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, am Sonn- und Festtagen nur morgens. Der Bezugspreis beträgt bei jeder Zustellung ins Haus für Groß-Berlin 4.- M., bei weitem Postbezugs monatl. 4.25 M., bei Zustellung unter Straßband für Deutschland 4.50 M., für Ausland 7.50 M., per Brief 12.50 M.

Redaktion und Expedition: Berlin N.W. 6, Schiffbauerdamm 19 III. Fernsprecher: Amt Norden 2893 und 2896.

Inserate werden bis achtgehabt. Sonntagsblätter oder deren Raum 120 M., Wortanzeigen das letzte Wort 80 Pf., jedes weitere Wort 25 Pf., Kursungsverzeichnis 10 Pf., bei Familien- u. Veranlagungsanzeigen 10 Pf. der Zuschlag fort. Inserate für den darauffolgenden Tag müssen spätestens bis 5 Uhr nachmittags bei der Expedition ankommen sein.

Inseraten-Abteilung: Berlin N.W. 6, Schiffbauerdamm 19 Fernsprecher: Amt Norden 9768

FREIHEIT

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Aufrechterhaltung der Militärjustiz.

München und Berlin.

Von militärischer Seite wird uns geschrieben: In dem Prozeß gegen das Konsortium Marloh, Kessel, Reinhard, Süttwig, Roske ist von besonderer Bedeutung nicht nur das, was aus Tageslicht hervorgeht, sondern auch das, was verheimlicht wurde und sozusagen zwischen den Zeilen zu lesen steht. Das Gericht war nicht eine Stelle zur Erhellung der Wahrheit, sondern zur Verdunkelung der Tatsachen. Wenn die Schieber bei dem dunkelsten Geheimnis, das je die Welt gesehen, sich nicht in die Haare gerieten wären, weil ihnen die Felle fortgeschwommen wären, so wäre das Nicht, das die dunklen Ecken erleuchten sollte, nicht erloschen. Anstatt, daß man die Strahlen in die dunkelsten Winkel fallen ließ, löschte man sie aus oder zerhackte sie zum mindesten. Es wurde deshalb der Prozeß nicht zu einem Verfahren gegen Marloh und Genossen, sondern für die Verbrecher.

Mit so furchtbar viel Empnose wird immer auf den sogenannten Geiselmordprozess hingewiesen und betont, daß der Mord in der Französischen Straße gar nicht zu vergleichen wäre mit den Scheußlichkeiten in München. Wir haben niemals die Münchener Pluttat irgendwie verteidigt oder die Täter in Schutz genommen, aber sie tritt in ihren schändlichen Motiven, in ihren Beweggründen, in der Art ihrer Aufklärung doch weit hinter dem Matrosenmord zurück.

Obne es irgendwie verteidigen zu wollen, daß man Unrechtes für die Taten anderer büßen läßt, so war den Weibern der Grund, weshalb man sie zur Rechenschaft ziehen sollte, bekannt. Die feige ermordeten Matrosen haben bis zum letzten Augenblick nicht gewußt, wofür man sie verantwortlich macht und was mit ihnen geschah.

In München hat man die Leute wenigstens noch zu Wort kommen lassen, in der Französischen Straße hat man sie Verfahren zur Feststellung der Schuldigen erfinden, das bisher dagewesene in den Schatten stellt. „Ah! Ein Matrosen! Weg nach rechts!“ war das Leitmotiv. Welche Barmherzigkeit der Gesinnung gehört zu solch einer Tat! Ein Verbrecher, der auf Raub ausgeht, hat wenigstens das Gefühl, daß ihm jemand im Wege steht bei Erreichung seines Zweckes, aber hier fehlt jeder innere Grund für die Beseitigung so vieler Menschenleben.

In München haben die Opfer wenigstens noch ihre letzten Anordnungen treffen können, hier hat man sie menschenähnlich in bestialischer Weise umgebracht. Dort erregte die Tat in einer hysterischen Augenblicklichen Erregung, hier ging man mehr als kaltblütig zu Werke.

Dort erfolgte eine Sühne der Tat in ausgiebigster Weise, hier gehen die wahren Mörder wahrscheinlich straflos aus.

Und nun die Art der Ausführung! Es krampt jedes ehrliebende Menschen das Herz im Leibe, wenn man sich vergegenwärtigt, daß in einem Raub von 30 Menschen, deren Schuld gar nicht nachgeprüft ist, die Todesurteile haardickst fällen. Und die armen Opfer, die dann noch nicht erledigt sind, werden durch das Schicksal mit dem Revolver gnädigst beseitigt. Es wäre wohl der Mühe wert gewesen, die Namen dieser Wesen zu veröffentlichen und die Art und Weise dieser Veräußerung genauer festzulegen. Weshalb hat man die Angehörigen der Opfer nicht zu Wort kommen lassen, um die Gemeinsamkeit der Tat in vollem Lichte erscheinen zu lassen?

Aber man kann noch viel mehr zwischen den Zeilen lesen. Warum hat man den Lohnungsappell nicht als eine Bekanntmachung unterjagt? Ist nicht möglich, daß schon dieser Appell mit dem Hintergedanken ins Leben gerufen worden, um die Matrosen auf diese Weise in den allergeringsten Hinterhalt zu locken? Und wenn das nicht der Fall ist, wer hat den besetzten Lohnungsappell als willkommenen Anlaß zur Konstruktion einer Verleumdung benützt? In wessen abwegigem Sinn ist dieser abscheuliche Gedanke aufgetaucht? Hat die Partei nicht als uns nach als Muster vorgeschrieben? Wie ist die Partei von einer Neuformierung der V.M.D. entstanden? Die Grundlagen für eine solche Ansicht mußten schon längst geprüft werden. Wenn man aber wirklich authentische Nachrichten für eine Neuauflistung der V.M.D. ge-

Ist das wahr?

Wie der „Deutschen Tageszeitung“ mitgeteilt wird, ist die Aufhebung der Militärgerichtsbarkeit, die nach den Erklärungen des Reichswehrministers Roske spätestens am 1. Januar 1920 erfolgen sollte, wiederum verschoben worden, da die Vorlage noch weiteren Beratungen unterliege. Es sei beabsichtigt, diesen Gesetzentwurf gleichzeitig mit einem solchen für Speereschlichter sowie über die Disziplinargerichte für das Heer einzubringen, was eine weitere Verzögerung erklärlich macht.

Es ist nur allzu wahrscheinlich, daß die Mitteilung des Agrarierblattes den Tatsachen entspricht. Hat doch jetzt eben erst der Marloh-Prozess den besten Beweis gebracht, daß der Augiasstall des deutschen Militarismus seiner eigenen Gerichtsbarkeit nicht entbehren kann.

Der Konflikt in Preußen.

Der Kampf um die Zusammensetzung der Schuldeputationen.

Die Beratungen über die neue Zusammensetzung der Schuldeputationen haben, wie wir bereits mitteilten, zu einem härteren Konflikt innerhalb der Mehrheitsparteien in Preußen geführt. Das Zentrum erklärte, an der Weiterberatung des Gesetzentwurfs nicht mitarbeiten zu können, worauf die Verhandlungen abgebrochen wurden.

Nachdem die „Germania“ in ihrer Mittwoch-Abendausgabe bereits erklärt hatte, daß die Zentrumsfraktion in Uebereinstimmung mit ihrer gesamten Wählerschaft unter allen Umständen die Hand bieten werde zu einer Beseitigung des Vorrechts der Kirche bei der Zusammensetzung der Schuldeputation, kommt sie in ihrer Donnerstag-Morgenausgabe in einem Leitartikel nochmals auf die Angelegenheit zurück.

Es handelt sich bei diesem Konflikt nur um die Frage, ob die Geistlichen kraft ihres Amtes als Vertreter der Kirche Mitglieder der Schuldeputation sein müssen, wie das bisher der Fall war, oder ob die Geistlichen ebenfalls wie alle anderen Mitglieder der Schuldeputation nur auf Grund einer Wahl Mitglieder werden können. Die Beseitigung des bisher bestehenden Vorrechts der Kirche ist eine durchaus selbstverständliche Forderung, die nur die schwersten Schädigungen für die Beeinflussung der Jugend

legentlich des Lohnungsappells zu haben glaubte, so zeugt es von einer geringen militärischen Einsicht, zur Verhinderung dieser Tat nur einen Leutnant mit 60 Mann zu entsenden. Dann gebiete eine Persönlichkeit mit den nötigen Machtmitteln dorthin. Nein! Es ist anzunehmen, daß man glaubte, von Hause aus die armen Opfer so menschenähnlich ohne Mühe umbringen zu können. Wenn eine militärische ausfühlernde Anweisung — man nennt es auch lösch Direktive — angebracht gewesen wäre, so wäre sie in diesem Falle nötig gewesen. Hauptmann Schwabacher hat ja schon zur Genüge das Verfahren der jetzigen höheren Stellen charakterisiert, die sich stets ein Hintertürchen offen lassen wollen, aus dem sie wieder entflüchten können, um den Thron, auf dem sie sitzen, nicht umzustürzen.

Mit einer Gemeinheit sondergleichen wird dem Oberleutnant Marloh ans Herz gelegt: „Je mehr, um so besser“. So im geheimen Kämmerlein spricht man es offen aus: „Wenn er sie alle an die Wand stellt, um so sicherer steht mein Thron.“

Wer hat die Anweisung gegeben, daß einzelne Zeugen ihre Aussagen bei wichtigen Fragen verweigern dürfen? Soweit die Zeitungsnachrichten reichen, ist nach den Beweggründen gar nicht gefragt worden. Wo bleibt da die einwandfreie Führung des Prozesses zur Erforschung der Wahrheit? Nichts spricht schlagender für die Beseitigung der Militärjustiz als der Vergleich der Beweiserhebungen in München und hier in Berlin! In dem einen Fall ein Herdorzerrn aller menschlichen Leidenschaften und Herummöhlen in ihnen, weil man gewisse Sünden damit treffen wollte, in dem anderen Fall die größte Schonung bei Aufhellung aller Vorgänge, die gewisse Persönlichkeiten hätte in einem schiefen Licht erscheinen lassen können.

Beseitigen würde, die bisher die Vertreter der Kirche verübt haben.

Aber gerade das empört das Zentrum, das seine Herrschaft bedroht sieht, wenn es nicht durch die Geistlichen auch dort Einfluß auf die Gestaltung der Schulverhältnisse erlangen kann, wo die Macht der Kirche gering ist und entweder keine oder nur wenige Geistliche durch Wahl in die Schuldeputationen gelangen würden. Deutlich sagt die „Germania“ über die Forderung, daß Geistliche nur durch Wahl Mitglieder der Schuldeputationen werden können:

Sollte man sich hierauf beschränken, wie es die Sozialdemokraten und Demokraten uns zumuten, so würde tatsächlich in allzu vielen Fällen der Geistliche praktisch aus der Schuldeputation ausgeschlossen sein. Man denke nur an die zahlreichen Gemeinden, in denen die Katholiken sich so in der Minderheit befinden, daß sie nicht einmal ihren Geistlichen bei der Wahl durchzubringen vermöchten; man denke ferner an die vielen Diasporagemeinden, die einen gemeinsamen Pfarrer haben und diesen infolgedessen höchstens in dem Ort in die Schuldeputation gewählt sehen würden, wo er seinen Wohnsitz hat.

Also: Aufrechterhaltung der Herrschaft der Kirche auch dort, wo ihre Einwirkung im Gegensatz zur Meinung des allergrößten Teils der Bevölkerung steht.

Die „Germania“ erklärt, daß es ein Warten und Zögern in den Grundfragen unter keinen Umständen geben kann und geben wird. Das Zentrum will danach diese Forderung zu einer Machtergreifung innerhalb der Koalitionsparteien machen und rechnet mit der so oft von Demokraten und Rechtssozialisten gezeigten Nachgiebigkeit bei ihren Grundfragen. Einstweilen verhalten sich beide Parteien ablehnend. Doch folgt daraus nach den trüben bisherigen Erfahrungen keineswegs, daß diese ablehnende Haltung auch dauernd beibehalten wird.

Die Unabhängige Sozialdemokratie muß dem Verlangen des Zentrums mit aller Entschiedenheit entgegen treten und die Demokraten und die Rechtssozialisten vorwärts treiben, damit sie nicht wieder umfallen.

Streik der belgischen Bergarbeiter.

Brüssel, 11. Dezember.

Die Bergarbeiter im Kohlenrevier der Borinage und im Süden von Charlerois sind wegen Lohnforderungen in den Streik getreten.

Wenn der Reichswehrminister Roske jetzt sich noch nicht zur Abschaffung der Militärjustiz entschließt, dann werden nur andere Zeiten dieses Uebel zu beseitigen imstande sein.

Zum Vergleich, wie schändlich dies Verfahren gegen die armen Opfer zu beurteilen ist, wird nachstehend angenommen Fall der Beurteilung nahe gelegt, der in der noch vorhandenen Kriegsatsmosphäre nicht so fern liegt.

Es wird eine Festung belagert. Der Belagerer kann die Festung mit Waffengewalt nicht bezwingen. Er will es durch Sinterlist erreichen. Er weiß, daß Not unter der Festungsbesatzung herrscht, da sie dauernd versucht, die im Bereich der Festungswerke gelegenen bestellten Felder abzuräumen. Der Belagerer hat dies aber immer durch sein Feuer verhindert. Er läßt nun der Besatzung feierlich erklären, daß er nichts dagegen habe, wenn die Feldvorräte durch unbewaffnete eingeholt werden. Der Belagerer macht die eingeschlossene Besatzung sicher, und als sie eines Tages in Massen unbewaffnet erscheint, läßt er die Aemungsloren zusammenschließen.

Welches Urteil würde die Geschichte über diese Tat fällen? Und hier stehen sich Freunde gegenüber, die gegenseitig von sich keine Schonung erwarten. Bei dem Matrosenmord aber handelte es sich um eigene Volksgenossen, die nicht einmal das Recht hatten, sich zu verteidigen, sondern ohne Urteil in den Tod geschickt wurden. Es sind traurige Gestalten, die sich von der V.M.D. haben auf den Thron setzen lassen und nachher, als sie auf dem Thron zu Despoten geworden waren, rücksichtslos ihre Auftraggeber mit Feuer und Schwert zu vernichten strebten.

Der Streit um Kautskys Buch „Wie der Weltkrieg entstand“.

Aus der Verhandlung wegen Kautskys Schrift teilen wir noch folgende interessante Einzelheiten mit:

Kritikstellerin war die „Deutsche Verlagsgesellschaft für Politik und Geschichte m. B. G.“. Diesem Unternehmen, das mit einem Stammkapital von 20.000 M. zur Verlagsübernahme der Kautskyschriften gegründet wurde, hat das Auswärtige Amt in sehr merkwürdiger Weise das Unternehmerrrecht an einem so bedeutungsvollen amtlichen Werk, wie den Kautskyschriften, übertragen. Der Zusammenhang stützte sich vor Gericht bald auf. Im Aufsichtsrat dieser Gesellschaft sibt der Beamte des Auswärtigen Amtes Herr Ferdinand von Stumm, der im Dezember vorigen Jahres an den literarischen Revolutionären Machenschaften beteiligt war und nach dem misglückten Putsch vom 6. Dezember für einige Zeit von der Bildfläche verschwand. Ein zweites feudales Mitglied des Aufsichtsrates ist Herr v. Neben-Du Mont, aus der Familie der millionenschweren Besitzer der „Kölnischen Zeitung“. Dieser in guten Konnexionen stehende Herr hat das Auswärtige Amt die Summe von 100.000 Mark zum Zwecke der Reklame für die Vertriebung der Kautskyschriften zugewilligt und ihr außerdem noch gestattet, die Kleinigkeit von 10 Prozent auf ihre Anzeigen aufzuschlagen, ein Vertrag, der dieser Gesellschaft es ermöglicht, auf Kosten der Steuerzahler große Gewinne einzufahren.

Rechtsanwalt Grünspach, als Vertreter von Kautskys Verleger, wies nach, daß das Auswärtige Amt überhaupt nicht berechtigt war, mit jener obskuren Verlagsgesellschaft ohne Genehmigung und Zustimmung Kautskys einen Verlagsvertrag abzuschließen. Kautsky habe die große Arbeit der Übersetzung der Kautskyschriften ohne jede materielle Entschädigung vorgenommen. Kautsky habe erwartet, daß die Aktien in der Reichsbankversteigerung versteigert und zum Selbstkostenpreis der Öffentlichkeit zugänglich gemacht würden. Statt dessen habe das Auswärtige Amt das Verlagsrecht einer privaten Unternehmung zugesichert und dieser einen hohen Profit gesichert. Rechtsanwalt Grünspach überreichte ein Gutachten des verstorbenen Rechtslehrers, Professor v. Hiltl, das Hiltl in der Angelegenheit des Fürsten Wladimir erhalten hat, in dem ausdrücklich ausgesprochen wird, daß frühere Beamte nicht dem Amtsinhaltspflichten unterliegen.

Rechtsanwalt Dr. Oskar Schön vertret Kautsky. Die Randbemerkungen des Kaisers, die in dem Kautskyschen Buch wieder gegeben seien, nehmen weder räumlich noch sachlich die Stellung ein, welche die feudalen Königsräte Eberts behaupten. Kautsky wolle nicht einem Sensationsbedürfnis entsprechen, sondern der breitesten Öffentlichkeit Klarlegen, wie in den entscheidenden Tagen die Tätigkeit oder Untätigkeit des Auswärtigen Amtes zu der Entstehung des Krieges beigetragen habe. Kautsky erhielt seinen Auftrag zur Zusammenstellung der Akten über die Kriegsschuld von den Volksbeauftragten. Anfanglich stand Kautsky auf dem Standpunkt, daß die Akten mit einem Kommentar veröffentlicht werden sollten, eine Meinung, die auch von den unabhängigen drei Volksbeauftragten geteilt wurde. Da aber die rechtssozialistischen Volksbeauftragten Ebert, Scheidemann und Landsberg gegen die Herausgabe eines kommentierten Werkes waren, so einigte man sich dahin, daß Kautsky einen selbständigen Kommentar schreiben würde. Als Beweis für die Richtigkeit dieser Darstellungen wurden eidesstattliche Versicherungen Kautskys und des Volksbeauftragten Wilhelm Dittmann dem Gericht überreicht. Nach dem Ausschneiden der unabhängigen Minister machten sich zurückweichende Strömungen hinsichtlich der Aktenveröffentlichung geltend. Das Auswärtige Amt verschob den Erklärungsstermin der Akten immer wieder hinaus. Diese formwährenden Verschleppungen ergaben in geschäftlicher Hinsicht für den Verlag Cassirer einen unhaltbaren Zustand. Die ausländischen Verleger ließen sich nicht länger hinhalten und schritten selbständig zur Publikation. Aus diesem Anlaß ist Kautsky von der alldeutschen Presse in der schändlichsten Weise verleumdete worden. Es ist sogar eine Anzeige gegen ihn wegen Verleumdung von Staatsgeheimnissen bei der Staatsanwaltschaft erhoben worden, und Kautsky mußte sich ausgerechnet von dem ersten Staatsanwalt Weismann beanstandlich vernehmen lassen.

Kautsky habe nicht die geringsten Antirevolutionären Tendenzen gegenüber jenem Verlage, dem die Regierung standhaft gegenüber die Veröffentlichung der Akten übertragen habe.

Die Rechtsanwälte Grünspach und Grünspach hatten die Anträge der klagenden Verlagsgesellschaft abzuweisen. Das Gericht wies die Anträge auf Belassung einer einstweiligen Verfügung, die das Erscheinen des Kautskyschen Buches verbietet, kostenpflichtig ab. Es steht also der Herausgabe und der Verbreitung der Kautskyschen Schrift nunmehr nichts im Wege.

Die wahren Absichten.

Der reaktionäre Charakter der Einwohnerversammlung ist seit dem Tage ihrer Gründung bekannt. Sie wurden bewußt zu einem Instrument der Reaktion ausgestaltet, zu dem Proletariat, selbst wenn sie ihn wünschten, der Zutritt verwehrt blieb.

So ist es denn kein Wunder, daß die Reaktionen aller Sorten ihre Hoffnung auf sie setzten und empörten sich, wenn irgendwo versucht wird, den gegenrevolutionären Charakter der Einwohnerversammlung zu bedrohen. In einer kleinen Anfrage in der Nationalversammlung wenden sich verschiedene deutschnationale Abgeordnete dagegen, daß in Schmiedeberg in Schlesien von jedem in die Einwohnerversammlung tretenden folgendes verlangt wird:

„Ich verpflichte mich durch Handschlag, daß ich als Mitglied der Einwohnerversammlung der Stadt Schmiedeberg im Riesengebirge der republikanischen Staatsform und der vom Volke gewählten Regierung meine treuen Dienste widme und die vom Volke gegebenen Gesetze und die öffentliche Ordnung nötigenfalls mit Waffengewalt verteidigen werde.“

Das sei ein Gewissenszwang schlimmster Art gegenüber der durch die Verfassung gewährleisteten Freiheit der politischen Ueberzeugung.

Dieser „Gewissenszwang“ ist von der preussischen Regierung durch ihre Verordnung vom 15. Mai angeordnet worden. Aber die deutschnationalen haben recht mit ihrem Protest, denn da die preussische Regierung durch ihre Verordnung vom 15. September das Verbotnis zur republikanischen Staatsform nicht mehr verlangt, so ist das Verlangen der Schmiedeberger Einwohnerversammlung gewiß eine ganz unerhörte Annäherung.

Der preussische Landwirtschaftsminister für Aufhebung der Zuderzwangswirtschaft.

Im Ausschuss für Landwirtschaft der preussischen Landesversammlung wurde am Dienstag über den Antrag der deutschnationalen Volkspartei auf Aufhebung der Zuderzwangswirtschaft verhandelt.

Während der Staatskommissar für Ernährungswesen Peters sich entschieden für die Beibehaltung der Zwangswirtschaft auch für Zucker aussprach, ließ der Minister Braun durch seinen Vertreter erklären, daß er im Interesse der Hebung der Zuderzeugung für die Aufhebung der Zuderzwangswirtschaft eintrete.

Genosse Klauzner nannte sofort diese Schwankung eines sogenannten sozialdemokratischen Ministers mit der gebotenen Schärfe. Er wies hin auf die Unterernährung des Volkes und die erschreckende Säuglingssterblichkeit, die nur noch mehr verschärft würden, wenn jetzt die Zwangswirtschaft noch mehr durchbrochen würde. Den Grundbesitzern, die fortgesetzt zu Lieferpreisen gehen und strupplos mit der Volkswirtschaft treiben, käme es auch weniger auf die freie Wirtschaft als auf die Erpressung immer noch höherer Preise an. Wie wenig die Zuckerpreise bei Aufhebung der Zwangswirtschaft nur eine vorübergehende Erscheinung seien, habe das Beispiel der Eier gezeigt. Den rechtssozialistischen ließ er ihre Regierungsschwärmerei mit beifühendem Spott unter die Nase.

Diesem Reden war die sehr sonderbare Haltung ihres Nominationsministers Braun äußerst unbecom. Sie verkündeten zwar, ihr Standpunkt sei ein durchaus anderer und sie stimmten im Ausschuss auch gegen den Antrag der Deutschen Volkspartei.

Die Demokraten, die sich noch im Plenum entscheiden für die Beibehaltung der Zuderzwangswirtschaft ausgesprochen hatten, fielen im Ausschuss gleich um und stimmten mit den Großagariern.

Da das Zentrum, die Sozialdemokraten und unser Vertreter gegen den Antrag stimmten, war vorerst im Ausschuss wenigstens die Aufhebung der Zuderzwangswirtschaft abgelehnt.

Neue Spielemärchen.

Von verschiedenen Stellen werden wieder „Entschuldigungen“ verbreitet. Die Kommunisten sollen sich mit schmerzlicher Umarmung plänen tragen, für den Genetastreit werde auch in der U. S. D. D. Stimmung gemacht. Waffensieger seien bereits eintrüben, im Dezember werde ein Aufzug zur Bedienung von Maschinen, Gewehren und Minenarbeiter beginnen, für Januar werde ein Putsch vorbereitet. Daran anschließend wird erzählt, wie weil die Sache bereits in Hannover, in Bremen, in Nürnberg, in Darmen-Eberfeld und in anderen Orten geheißen sei. Das „Uhr-Abendblatt“ weiß außerdem zu melden, daß die Sozialregierung die Kommunisten mit Geld und Waffen unterstützen wolle.

Es hat den Anschein, als ob die Regierung durch solche Spielemärchen den bösen Eindruck des Marck-Processes verwischen möchte.

Ademistischer Antifemismus.

Daß die Universtitäten gerade in der Gegenwart Hochburgen der Reaktion sind, konnten wir schon öfter feststellen. Doch demgemäß auch von dort der neueste Antifemismus seine Härte herleitet, ist ebenfalls bekannt. Man braucht nur auf den Fall Wemmer in Würzburg hinzuweisen.

In seiner schönsten Wüte grünte sich dieser unter dem Protektorat eines großen Teils der Professoren stehende akademische Antifemismus bei der fünfzigjährigen Jahrestagfeier der Rostocker Universität. Zu dem feierlichen Anlaß, an dem auch die jüdische Studentenverbindung „Ganjab“ teilnahm, hatten die „deutschen“ Jünger 14—16jährige Kommunisten gewonnen, die die Juden mit Spott, Schimpf- und Drohworten überhäufeten. Auch hatte man im Zuge zwischen sich und der jüdischen Gruppe einen künstlichen Abstand geschaffen, der auch hier den gesellschaftlichen Vorkott, den die jüdische Studentenverbindung genießt, zum Ausdruck kommen zu lassen. Ebenfalls gaben die jüdischen Herren ihr Mißfallen zum Ausdruck, als der Direktor ein Geschenk des demokratischen Landtagsabgeordneten Schön im Betrage von 20.000 Mark erwähnte und der Staatsminister Fiedler die Errichtung eines Lehrstuhls für feministische Philologie bekanntgab.

Zum Schluß langte der Wort dieser hundertlich-Bourgeoisen Sprachlinge noch. Wie es mit ihrem persönlichen Mut sonst steht, geht aus folgender Schilderung hervor, die wir dem rechtssozialistischen Schweriner Organ „Das freie Wort“ entnehmen:

Ein sehr ergötzlicher Akt ereignete sich des Abends in der Tonhalle. Als in der „Philharmonie“, wo an diesem Tage die Studenten auch feierten, angeblich „Kommunisten“ tanzen und durch Verschneiden der elektrischen Leitungsdrähte der Hölzer ein schnelles Ende zu bereiten versuchten, schrien sofort einige der deutschnationalen Jünger zu ihren Weibern in der Tonhalle und verkündeten anstehend, daß die „Spartalisten kommen“. Totengleiche Stille. Da plötzlich kommt Bewegung in die Reihengänge. Sofort werden die Frauen in Eile erfaßt, die nächsten erwarten den „Bein“, um ihn um Gnade zu bitten. Leider blieben die Spartalisten aus. In den wenigen Minuten der Angst aller war viel geschrien. So fürzte sich der anstehende Akt Friedrich von Mecklenburg in sein Automobil, um schnell Eten Hedra, den nordischen Forscher, hinterlassen und rasch zu dämmen. Er sei, von der Furcht befügelt, in derselben Nacht noch den ersehnten Nordpol erreicht haben, ist bisher nicht bekanntgeworden.

Aber die Sache hat ihre ernste Seite. Es ist auch dieses zu bedenken, daß die deutsche Jugend, angeführt von „Männern der Wissenschaft“, sich solchen Kreisläufen hingibt. Soll damit etwa die Ueberlegenheit des deutschen Geisteslebenes dargelegt werden? Steht diese faulen, kläffenden Jünglinge an die Deckbank, läßt sie körperlich arbeiten und macht ihre Blöße frei für wissenschaftliche Proletariat. Dann werden die einen ihre Soule und Mandatierungsgewohnheiten verlieren und die anderen werden dem Ziele ihrer geheimsten Wünsche zugeführt. Damit ist erheblich mehr für die Allgemeinheit getan als dadurch, daß man das Universtitätsstudium als Privileg für die besitzenden Klassen bezeichnen läßt.

Arbeitsmarkt.

Von Erich R. Schmidt.

Wohin eilen sie, den Fragen hochgeheißt, die Flüsse in geschlossenen Rantelstücken, kaum daß der Regen kam? Sie haben alle ein Ziel; sie tragen alle dasselbe Zeichen auf der Stirn: Not! Sie alle, die ich in dieser frostklirrenden, morgenhaften Straße begegne an den Wänden schleichen sehe; sie haben einen Wunsch, erpe brennende Biegelde: Arbeit! Geld! Sie kommen aus dampfen Hinterhäusern, von welschen Ebeuweibern, graustirnigen Kindern. Sie kommen aus vollgepreßten Wohnungen, die fauliger Geruch durchschmeißt; engen Zimmern mit niedrigen, ewig schattenden Decken, geschwärtzt vom Rauch und Dunst der Generationen, vergessenen von goldener Sonnengnade.

Aber an den Tischen des Arbeitsmarktes drängen schon die Hausen der Wartenden. Gemurmel rollt in dampfen Schwaden, daraus die hellen Stimmen Unglücklicher sich hören. Sehr sie an: Jünglinge, noch mutig, hoffnungsvoll, aber schon vom Schicksal zu ewiger Fronde gezeichnet. Männer mit dreiten Schultern, dumpfen Sorgenaugen; das Antlitz fallig und verzerrt. Greise, weißhaarig, den Jahren nach zu beschaulicher Ruhe schon bestimmt, doch immer noch fassig vorwärtsstrebend, mit knirschenden Schritten, die sich schwer vom Boden lösen. Hülferinger, überreizte, entzündete Augen. Weisheit noch immer die alten mit Jüngling und Mann — und doch schon bereit, einem gnädig erlösenden Schloß in die Arme zu sinken. . . .

Sie stehen in Pfützen, die der lauwende Schnee unter ihren Füßen formt; in dem langen, zerstückelten Lodenraum, der einst ein sauberes, wohlgeordnetes Gewesen war; sie stehen Stundenlang in kalter Nässe, gequält von der harten Lösung dieses gnadenlosen Raumes: Geduld!

Zuweilen kommt ein Hilfer, der die Tür zwischen den breiten Lodenfenstern zu schließen vergißt; dann entladet sich Unrast, Oaber und Dampfendes in allen Gehirnen zu geringen Schreien. Dann und wann verfährt einer, die erlösende Worte in der Hand, neidisch verfolgt von wartenden Augen, den qualmigen Raum. Er geht, glücklich und ungewiß, in den mäßig aufhellenden Tag hinaus.

Schon haben Käufer, vom Klein weiß umwölkt, in die lergen Geschäfte der Straße. Türen klappen, und Wagen rollen.

Es ist heiß im Raum, ein schlender Ofen in der Ecke, daraus Wele für den ganzen Tag ihre Wärme saugen, wirft belgende Döse durch alle Körper hindurch. Aus schlürfenden Labalpfaffen leucht blauer Gestalt, der die Nasen feinfellig umgürtelt. . . .

Ich habe mitten unter ihnen, geschoben, gestochen, ein-

geleitet in die Menge. Ich bin dem großen Rücken vor mir gram. Er nimmt mir Licht und Luft; ich beginne, bohrend wie ein Wurm, mich herumzuwinden, eine schmale Gasse tut sich auf — nun sehe ich in Fensterhöhlen. Wind um mich her, ein kleiner Hohlraum, denn der Ofen im Winkel beginnt alles Nahende zu verlangen. Aber nun kann ich auf die Straße schauen und warten, bis auch meine Stunde kommt. Und kaum löst mein Atem wieder ungemacht hervor, da bin ich schon mit dem großen Rücken verflochten, der, seitwärts, ein Stück über graue Müden ragt.

Welch ein Schicksal wartet mich in dieser Stundhöhle? Ich sehe, leibhaftig wie die anderen, und warte, warte, warte. Wird ich härter getroffen als jene um mich her, die zuweilen, mittrauisch, meinen Belaurstaus betrachten? Ach, Freunde, es ist ein uraltes Schick, gehüht, gepflegt und sorgsam gedärrt; die Sommer hundert, beschwert von Kopfhaaren, in Schrantkisten aufbewahrt und immer wieder hervorgeholt, wenn der Herbst seine letzte Wärme den grauamen Händen des Winters entführt. Nein, ich gehöre zu Euch, Verlassene, Erniedrigte, Stiefkinder des Schicksals. Ich trage Eure Bürde und die meine. Aufgeschloß hat mich mit alle Eure Gebiete, und der Mut Eurer Sorgen und Räte schlägt mir zünftig entgegen. Ich habe, wie ihr, gehungert, doch mein Magen sich in Qual verkrampfte. Ich habe gefroren, von fadenhellen Kleidern bedekt, in kalten Festsimmern, deren Türen schlecht schlossen. Oh, Infuzen! wartet mich auf hartgelegene Strohhalmkissen, in dem dauernden Aufzug meiner Stirne fiebernd überlirrt. Ich lag im Bett im Reich der Millionen, so einfach wie ein Naderer in der Sahara, und froh auf den Anten zum Gnadepotat, um hellenden Tee mir zu kochen, dazwischen die Kette trodenen Brotes wart. Es ist schon lange her, ein Uebermaß an allen Dingen füllte noch die strobend erleuchteten Läden. Doch ich habe gedurft wie die Letzten unter Euch. (Nenn' ich Euch „Oelder“? Ach, das Wort hat Schiff und Wang verloren. . . .)

Ich habe, wie ihr, vor mächtigen Herren gestanden, die mich mit harten Augen brutal durchbohrten, daß meine wandende Seele in unseiner Scham sich verlor. Armenen Kogen mich entgegen; meine Hügel wurden heiß geknickt. Sehr mich nicht schreie an, wie soll ich Euch zu erkennen geben — Du willst fruer, mein Freund? Gut, hier ist du meine ganze Schackel, ich will mich umdrehen, damit Du in Ruhe drei, vier oder auch fünf Streichhölzer für Deine böse Pfeife verbuchen kannst — wie soll ich Euch sagen, daß nichts an Euch mir fremd ist? Ihr Jünglinge, war nicht auch mein Elternhaus von Sorge und dumpfer Not befallen? Ihr Väter, wurden nicht auch wir im Abend Kinder geboren und wuchsen nun der Zukunft ungewiß entgegen? Ihr Männer, die ihr in Kino und Specksalz sit — kennt ihr mich

nicht wieder? Doch ich nicht unter Euch und verschlang, was immer mir der dicke Wirt der Käschemme dars Maul pflanzte? Nie! Ich nicht, getrieben vom jantischen Gedäch der Sorgen, beständig los hat, in Eure Kinematographentheater und sah, schlafend und offenem Bild, bis mir der Musikant mahnd auf die Schallplatte klopfte. Ja, ich seh' es; ihr erkennt mich wieder; ein Hauch Punkte läßt durch Eure Augen. Und Einer sagt zu mir: „Tausch, wie lange man hier stehen muß!“ Und ich frage mich, weil er zu mir sprach und schenke ihm meine letzte Zigarette. Wer, der mich kennt, wird mir glauben, daß ich glücklich war, als ich hinterher vor seinen Lippen verbrannte, in dessen meine Hände sich mit schalem Welschmoß erfüllte?

Es geht ein junges Mädchen am Fenster vorbei. Sie sehr feine Stiefelchen, und ein helles Gesicht. Sie schließt Schalltische in der Hand und werft einen gedankenlosen Blick in meine Augen. Nichts für mich, wie, Kleins! Oh, wenn ich dich lasse —

Da zuckt ein wildes Gesicht in meine Ohren, in weitem Abstand, unterst von knirschendem Geräusch. Im Hintergrunde ward ein junger Mensch von Krämpfen befallen, man öffnete den Krugen und die Welle — er aber röhrt und häßt. Immer den neuem. Es klingt ganz schourig über die Straße, doch die meisten hören es nicht. Sie sind von ihren Sorgen zu dem Hals angefüllt. Auch die Beamten schreiben ruhig weiter.

Ja, hört ihr denn nicht, wie der Kranke röhrt? Soll niemand einen Arzt? Laßt mich durch, ich will zu dem Kranken hin um zu helfen —

Da geht mein Name durch den Saal. Ich schwante — und gehe gehoramt an den Tisch, um meine Karte zu empfangen. . . .

Aus den Vortragsstücken. Moriz Rosenthal gab in großem Saal der Kaiserlichen Oper in Berlin eine neue und willkürliche Beweis seiner pianistischen Meisterschaft, bei der ich die vollendetste Technik mit erster künstlerischer Durchbildung in einem musikalischen Phänomen seltenster Art ein. Sein fabelhaftes Können, das künstlerisch alles umspannt, wackelt nicht im jubelnden Verfall. — Auf ihren Niederenden begleitet Maria Rosa v. Goch höchstverfeinerte Gesangsart (besonders in Liedern von Grieg) und Robert Dutt von der Staatsoper seinen lyrisch und heroisch quellenden Tenor in Fein und anderen Gesängen. — Im Kaiserlichen Saal registrierte die Dichtenstein die Tragödie „Trachinierinnen“ von Sophokles in der Uebersetzung Heinrich Schnabels frei aus dem Gedächtnis mit reifer Sprachkunst und erfüllte die feierlichen Worte aus atemberaubender Höhe mit dramatischen Akten.

Zur Reichskonferenz der Freien Sozialistischen Jugend.

Von Hans Hadmac.

Am 14., 15. und 16. Dezember wird in Halle die Reichskonferenz der Freien Sozialistischen Jugend tagen. Sie hat eine wichtige und dringende Aufgabe zu erfüllen: die Zusammenfassung der oppositionellen, parteipolitisch selbständigen Jugend und die Schaffung eines Programms für diesen Zweig der sozialistischen Jugendbewegung. Durch die Weimarer Sozialistenkonferenz ist die proletarische Jugendbewegung in Deutschland in drei Lager getrennt worden. Zunächst die von den Reichsozialisten unter ihre Parteiflagge genommene Arbeiterjugend. Sie ist die Fortsetzung der sozialistischen Jugendbewegung aus der Zeit vor dem Kriege und zu Beginn des Krieges. Ihr Charakteristikum ist Ruhe, Gemächlichkeit, geistige Stagnation. Dann die kommunistische Parteijugend, die sich mit dem Namen "Freie sozialistische Jugend" nennt. Ihr Entstehen verdankt sie mehr einer Konfession, eben der Weimarer, als dem Willen der Jugendlichen im Lande. Sie hatte vor vorübergehenden Zielvorgaben zu eng gezogen, indem sie allzu sehr das Augenmerk auf taktische Fragen der gesamten Arbeiterbewegung legte und der Jugendfrage, die sich niemals gänzlich mit der Parteifrage decken läßt, in den Hintergrund rückte. Die Aufstellung über die Anwendung des Parlamentarismus oder proletarischen Diktatur, das Problem der Betriebsorganisation und des Kampfes gegen die U. S. P. D. sind Sachen einer politischen Partei, sie dürfen nie die Ausgangspunkte für das Programm einer Jugendorganisation werden, wenn man die Jugendbewegung eine Bewegung der Jugend sein lassen will. Die kommunistische Jugendbewegung teilt also mit der rechtssozialistischen Arbeiterjugend das Verhängnis, Schleppenträger einer Partei zu sein; nur daß bei der ersten bewußt geschieht, was die letztere mehr oder minder unbewußt tut.

Welchen gegenüber erhebt die wirklich freie sozialistische Jugend. Sie ist der Stamm der oppositionellen Jugendbewegung und nicht etwa ein bescheidener Zweig, der sich auf der Konferenz in Weimar abgeschliffen hätte. Fehlt es ihm zunächst auch noch an der äußeren Form, an der organisatorischen Zusammenfassung und an der Formulierung eines Programms, so ist nicht desto weniger ihre Wesen, ihr Kern gesund, denn sie hat von sich selbst aus die inneren Gegensätze und Hemmnisse jener anderen beiden Zweige der Jugendbewegung überwunden. Nachdem in Weimar die Kommunisten den Anstoß der Jugendbewegung an die U. S. P. D. vollzogen und in ihrer Resolution sagten: "Sie (die sozialistische Jugend) begrüßt die kommunistische Partei Deutschlands, solange und soweit diese ihre zielklare revolutionäre Politik wahrhaft, in treuer Waffenbrüderschaft, während sie die unklare Politik der U. S. P. D. aus schärfster bekämpft." ist an fast allen großen Orten die Jugend zusammengetreten und hat ihren Willen in einer selbständigen Jugendbewegung kundgetan. In Halle, Dresden, Gera, Steina, Ebersfeld-Forst, Plauen usw. ist dem Arbeiter von Weimar eine deutliche Absage gegeben worden. Nicht nur, daß man sich gegen eine bedingungslose Annahme des kommunistischen Parteiprogramms gewandt hat, ist auch fast überall ausdrücklich hervorgehoben worden, daß man nicht an die Verbindung einer U. S. P.-Jugendbewegung denkt, sondern daß man seine Stärke und seinen Vorteil in der Unabhängigkeit von jeder Partei erblickt.

Sie in den nächsten Tagen stattfindende Jugendkonferenz hat die letzte Hand anzulegen an ein lange vorbereitetes Werk. Die Konferenzen von Jena, Halle, Hannover, Berlin haben die Vorarbeiten geleistet. Nunmehr kann der unvermeidliche Trennungsschmerz gezogen werden. Wenn die von unserm bewährten Vorkämpfer Karl Liebknecht entworfene Resolution der Jenaer Konferenz das Wort geprägt hat "Echt Klarheit und dann Recht!" seine Sammlung ohne Einheit der Anschauungen!", so sind wir diesem Wort nachgegangen. Wir, das heißt die Jugend, haben unsere Klarheit über unseren Weg, der uns durch Kampf zum Recht führen soll. Möge denn die Konferenz in Halle der Freien Sozialistischen Jugend die Sammlung aller Kräfte bringen, die sich für unser großes Ziel einsetzen wollen.

Die Teilnehmer an der Reichskonferenz werden in Halle von Delegierten (rote Schleißen) auf dem Bahnhof von Sonnabend, 4 Uhr nachmittags, empfangen. Teilnehmer, die erst Sonntag zusammenkommen, melden sich direkt im Volkspark. Ausreichende Verpflegung über Delegation usw. muß beigebracht werden.

Ein ungeheuerlicher Strafantrag.

Vor der Urteilsverkündung im Kallian-Prozess.

Nach mehr als vierwöchiger Dauer der Verhandlungen ist nunmehr im Prozess Kallian das Urteil voraussichtlich noch keine zu erwarten. Jetzt, nach Schluß der Beweisaufnahme, zeigt ein Ueberblick über die bisherigen Verhandlungen aufs deutlichste, daß dem Gericht völlig die erforderliche Objektivität mangelt und daß es, selbst unter Verletzung geschichtlicher Vorurteile, alles tat, um den Genossen Kallian zu belasten. Sobald Beweisen als Entlastungszeugen für Kallian auftraten, wurden sie nicht als berechtigt, da sie der "Mittäterschaft" für verurteilt erklärt wurden! So blieben fast alle Mitglieder des Arbeiterrates und auch die Abgeordneten Roenen und Hennig unverurteilt. Die Belastungszeugen dagegen wurden sämtlich verurteilt, obwohl bei vielen von ihnen eine Verurteilung geschichtlich unzulässig war. So wurde sogar der Hauptbelastungszeuge Klaus, der wegen schwerer Gewalttätigkeit zu 2 1/2 Jahren Zuchthaus verurteilt ist und unter Verdacht steht, unseren Genossen Fesberg ermordet zu haben, verurteilt, obwohl der Sachverständige, Professor Siwers, ihn als einen geistig minderwertigen Menschen bezeichnet hatte und obwohl der Verteidiger, Rechtsanwalt Herzfeld, nachgelesen hatte, daß gerade Klaus zu den gewalttätigsten Elementen gehörte, die an der Waffenausgabe im Kallian beteiligt gewesen waren. Auch die übrigen Belastungszeugen, Hartung und Lange, haben sämtlich längere Zuchthaus- und Zuchthausstrafen auf dem Hals.

Es ist nun begründend, daß das Gericht die Entlastungszeugen sofort nach ihrer Vernehmung entließ, während es ganz anderen Wert darauf legte, daß die Belastungszeugen zehn bis fünfzehn Stunden der Verhandlung beizubringen, damit es dem Gericht nicht in den Raum paßte, sofort aufzutreten und dem Genossen auszuweichen. Daß so bereits das Gericht während des ganzen bisherigen Verfahrens ein Verbrechen an den Tod, das nur darauf hinauslief, Kallian auf alle mögliche Weise zu belasten, so kann es nicht wundernehmen, daß erst recht der Staatsanwalt in der einseitigsten Weise gegen Kallian vorging. Mit allen Mitteln beschloß er, Kallian für alles verantwortlich zu machen, was in Halle seit dem 2. November geschehen ist. Kallian soll die Ver-

antwortung für alle die Verbrechen tragen, die allein der General Raeder, die Regierungspolizei und die bürgerlichen Generalkriegsmarine veranlaßt haben. Es ist der Haß des alten Regimes gegen alles, was mit der Revolution im Zusammenhang steht, der aus den Worten des Staatsanwalts spricht. Jetzt glauben die alten Gewalten die Stunde gekommen, ihre Klauen an den Proletariern dafür zu kühlen, daß sie es gewagt haben, ihre Fesseln abzuschütteln und selber ihre Geschicke in die Hand zu nehmen.

Der Staatsanwalt beantragte schließlich gegen Kallian die ungeheuerliche Strafe von 5 Jahren Gefängnis wegen Veranlassung, Führung bewaffneter Gassen, Arbeiterbewaffnung und Freiheitsberaubung.

Die nächsten Stunden schon werden zeigen, ob das Gericht, das während des ganzen Prozesses die Verhandlungen in einer — gelinde gesagt — recht eigenartigen Weise geführt hat, es wagen wird, den Mann zu verurteilen, der unausgesetzt allen Gewalttätigkeiten entgegengetreten hat.

Die Bewegung der Vulkanwerft in Hamburg.

Die Arbeit auf der Vulkan-Werft in Hamburg ist zu den von der Werftleitung diktierten Bedingungen wieder aufgenommen worden. Der Gewaltstreik der Werksleitung hat die gewünschten Früchte getragen, denn die Arbeiterschaft ist gezwungen worden, eine von der Direktion verordnete Arbeitsordnung anzuerkennen. Es wird zwar gesagt, daß sie nicht besonders bödsartig sei, aber die Tatsache, daß es der Direktion möglich war, die Arbeitsordnung einseitig zu bestimmen, genügt, um den Ausgang der von der Werksleitung provozierten Bewegung als eine Niederlage der Arbeiter zu kennzeichnen. Als weiteres Merkmal kommt hinzu, daß 609 Arbeiter nicht wiederingestellt werden, und daß für die Arbeiterschaft keine Möglichkeit besteht, erfolgreich für die Wiedereinstellung ihrer auf die Straße geworfenen Kollegen einzutreten.

Die Ursachen dieser Niederlage kennzeichnen unser Genosse Sengespeik, der Berichterstatter des Arbeiterrates der Hamburger Vulkanwerft, durch folgende sehr beachtenswerte Ausführungen:

„Der Kampf der Kollegen als Parteigenossen gegenseitig in einer unvernünftigen Art und Weise auszutragen, hat auf der Vulkanwerft zu den entsetzlichen Folgen, die zur Lahmlegung des Betriebes führten. Er wäre nicht eingeleitet, wenn alle dort vertretenen Richtungen, wie U. S. P., S. P. D., R. P. D. und Sozialistische Föderation, ihre Zusammengehörigkeit als Kollegen bewahrt hätten. Der größte Teil der dort beschäftigten Kollegen sind Mitglieder der U. S. P. und S. P. D. und gewerkschaftlich in den freien Verbänden organisiert. Zwischen den anderen beiden Richtungen soll eine Fusion bestehen. Man kann aber beim besten Willen innerhalb dieser beiden Gruppen eine einmütigen einheitlichen Auffassung nicht erkennen. Es wird von diesen Richtungen das Konfuse und Unmöglichkeit propagiert. Der eine spricht davon, man müsse die Vulkanwerft vom Erdboden verschwinden lassen. Ein anderer Wortführer erklärt in einer Betriebsversammlung: „Wir wuscheln so weiter, und wenn wir rausfliegen, dann sind wir eben draußen.“ Er soll jetzt wieder einen anderen Standpunkt einnehmen, indem er sich in eine Kommission für die Wiederaufnahme der Arbeit hat werfen lassen. Ich persönlich bin, soweit es die Hamburger Richtung der Kommunisten angeht, der Meinung, daß jeder von ihnen wiederum eine andere Richtung vertritt. Jeder einzelne Kollege im Betriebe ist für sie Masse, und wenn es auch nur drei Kollegen sind, so muß ihrer Auffassung vom Betriebsrat Rechnung getragen werden. Vom sozialistischen Gedanken ist oft keine Spur.“

Mit schmerzlichem Bedauern geben wir die vom Genossen Sengespeik ausgesprochenen bitteren Wahrheiten wieder in der Hoffnung, daß die Arbeiterschaft aus ihnen die nötigen Konsequenzen zieht. Sie liefert sich selbst der Willkür der Unternehmer aus, indem sie die Bewegung auf so heillose Art zerstückelt und ihre Aktionskraft ausbleibt.

Das amerikanische Hilfswort für Deutschland.

Die Deutschen und Deutschstämme in Amerika haben ein großartiges Hilfswort organisiert, das bereits seit einiger Zeit im Gange ist. Da die Sendungen weit über den anfänglich erwarteten Umfang hinausgehen, hat sich zur Bewältigung der damit verknüpften Arbeiten ein Zentralausschuß für die Auslandshilfe gebildet, dem eine ganze Reihe Wohlfahrtsorganisationen, u. a. auch der Allgemeine deutsche Gewerkschaftsbund angehört.

Zwischen dem 15. August und dem 16. November haben zur Verteilung vorgelegen: etwa 100000 Pfund Mehl, 100000 Pfund Speck, über eine Million Dosen Milch, Zeigwaren, Reis, Seife, Schokolade usw., dann Kleidungsstücke aller Art in einem Gesamtwert von weit über 10 Millionen Mark, und zwar auf der Basis der September-Wolula. Die Viebesgaben sind bisher nach sorgfältiger Prüfung des Bedürfnisses in diejenigen Teile Deutschlands geschickt worden, wo die Not am größten ist (Oberschlesien, Ruhrgebiet, Sächsisches Erzgebirge, Thüringen, Großstädte und Großindustriezentren mit starker Säuglingssterblichkeit).

Um eine möglichst gerechte Verteilung herbeizuführen, geschieht die Verteilung durch die Kommunalverbände. Diejenigen Kommunalverbände, die Viebesgaben erhalten sollen, werden aufgefordert, einen Wohlfahrtsausschuß zu bilden, in dem die privaten und behördlichen Wohlfahrtsrichtungen vertreten sein müssen. Diese Wohlfahrtsausschüsse stellen den Verteilungsschlüssel innerhalb des Bezirkes der Kommunalverbände auf.

Diese Hilfeleistung der Deutschamerikaner ist außerordentlich zu begrüßen. Sie gibt einen Beweis dafür, daß trotz der englischen Politik der Regierungen die Menschen sich immer wieder zu gegenseitiger Hilfeleistung bereitfinden.

Für schnelle Fortführung des Mittelstandsausschusses bis zur Ehe und für die Bismarck, die Bremen, Hannover und Magdeburg in gerader Linie mit Berlin verbindet, sprach sich eine Versammlung von Gemeindevertretern aus Berlin, Potsdam, Brandenburg und Magdeburg aus.

Ein Sozialist Vorsitzender der deutschen Kammer. Die belgische Kammer hat mit 84 Stimmen den Sozialisten Brunet zum Vorsitzenden ernannt. Für den katholischen Abgeordneten Carton de Wiart wurden 72 Stimmen abgegeben.

Eine Herabsetzung der englischen Deereckskarte ab 31. März 1920 auf 400000 Mark, von denen noch ein Teil demobilisiert wird, ist vorzulegen.

Gewerkschaftliches.

Lohnbewegung der Gummiarbeiter.

Die im Fabrikarbeiterverband organisierten Gummiarbeiter nahmen am Dienstag in einer von über 1000 Personen besuchten Versammlung Stellung zu dem Bericht der Verhandlungskommission. Der Bericht wurde vom Branchenleiter R. K. gegeben, der hervorhob, daß der Kampf unausbleiblich erhebe, nach dem die Unternehmer namentlich in Gruppe 2 und 4 so geringe Angebotspreise gemacht haben.

In der lebhaften Diskussion erfuhr der Vorschlag der Unternehmer einmütige Ablehnung. Während einige Redner sofort die härtesten Maßnahmen forderten, verlangten andere noch malige Verhandlungen erst vor dem Schlichtungsausschuß. Zum Schluß fand eine Resolution, die sich für nochmalige Verhandlungen ausdrückt der Verhandlungskommission volles Vertrauen entgegenbringt einstimmige Annahme. Alle weiteren Maßnahmen sollen der Parteileitung überlassen werden.

Eine Zellerfassung für die rollierenden Wiener Proletarierkinder ergab die Summe von 72,50 Mark.

Groß-Berlin.

Schulentziehung für das Wohnungsamt?

Uns wird über folgenden Vorfall berichtet: Eine Schule im Norden der Stadt muß wegen Kohlenmangel in die Nachbarschule übersiedeln. Vier Wochen später werden reichlich Kohlen für die leere Schule angefahren, nicht etwa, um dort wieder geregelten Unterricht einführen zu können — was aus der zukünftigen Generation wird, scheint ja ziemlich gleichgültig zu sein —, sondern Magistrat und Schuldeputation haben das Gebäude dem Wohnungsamt zur Verfügung gestellt! Und der Schule sind vor ca. zwei Jahren die Gaslampen entfernt, für das Wohnungsamt werden in zwei Etagen Lampen angebracht und sämtliche Schulbänke entfernt. Angesichts dieser Vorbereitungen wird niemand glauben, daß dieses Amt, wie gesagt wurde, zu Ostern wieder auszieht. So wäre also auf Jahr und Tag hinaus an geregelten Unterricht in beiden beteiligten Schulen nicht zu denken. Für die Schule waren keine Kohlen da, für das Wohnungsamt sind Kohlen und Geld für die nötigen Umbauarbeiten in Menge vorhanden! Ganz nebenbei sei noch bemerkt, daß besagtes Wohnungsamt 15 Minuten entfernt ein großes, prächtiges Wohnhaus in Benutzung hat. Wer dort einen Blick hineingeworfen hat und nun hört, daß dieses dreistöckige Gebäude mit zwei Seitentürmen schon wieder zu klein sein soll, muß ja geradezu auf den Gedanken kommen, daß für jeden Weimarer ein Extrahaus eingerichtet werden soll. Sollte denn wirklich keine Möglichkeit bestehen, solche Kerner in anderen Räumlichkeiten als ausgerechnet Schulen unterzubringen?

Ob die Mitteilung richtig ist, daß die Schulküme für das Wohnungsamt genommen worden sind, können wir im Augenblick nicht nachprüfen. Ist auch unerheblich. Erheblich ist, daß Schulküme ihren eigentlichen Zweck entzogen werden. Und gerade im Norden Berlins, wo Not an Schulgebäuden herrscht. Der Magistrat wird sich äußern müssen, und vor allem darf unsere Schulerkennung nicht schweigen.

20 Öffentliche Volksversammlungen.

mit dem Thema: „Wie arbeitet der Sozialist im Elternrat?“ veranstalten die sozialistischen Lehrer am Freitag, dem 12. Dezember, abends 7 Uhr.

Genossen und Genossinnen! Bekundet euer Interesse für die Erziehung eurer Kinder. Erscheint in Massen! Die Versammlungslokale werden im Inzententel dieser Nummer bekannt gegeben.

In die revolutionäre Arbeiterschaft.

Wir leben die Angehörigen der Revolution, die auf dem Zentralbahnhof in Friedrichsstraße beendigt sind in Kenntnis, daß wegen Großfeinreinigung für die hier angeführten fünf Opfer und noch keine näheren Angaben über ihren Geburts- und Sterbetag gemacht worden sind. Wir nehmen an, daß die frühesten Berichte in der „Freiheit“ nicht zu deren Kenntnis gelangt sind.

Wir bitten nun unsere Genossen, uns zur Ermittlung der Adressen behilflich zu sein. Nähere Angaben sind zu machen im Parteibüreau, Schillerstraße 5-8 oder bei A. Drex, Rantaustraße 72.

Die Namen sind: Heinrich Wohler, Kurt Wolff, Otto Eigner, Franz ... , Jakob Meyer.

Von der Konstantin-Bene ... -Liste sind auf Sammelstellen folgende Gelder eingegangen 18.150,25 Mark. Ferner sind eingegangen auf Liste 1794 von rüstlichen Arbeitern des Viehhofes 200 Mark, auf Liste 1796 Bildhauer Helm 48 Mk., auf Liste 1533 Pumpwerk 77,50 Mk., auf Liste 10.505 von L. Noohimsthal 40 Mk. als Abbildung für eine Kranzspende, gesammelt von der Wt. E. der Allg. Christenlehre der Stadt Berlin.

Die Unterstützungskommission der Berliner Arbeiterschaft.

Zähne 3 Mark 5. — Mark

Friedens-Kautschuk

schönes, natürliche Farbe bei 5 jäh. schriftlicher Garantie.

Zahnziehen mit örtlich. Betäubung nach bewährter Methode bei Bestellung von Gebissen gratis!

Spezialität: Zähne ohne Gaumen! Kronen von 30 Mark an. Keine Luxuspreise.

Fachmännische Munduntersuchung und Rat kostenlos.

Zahnpraxis Danziger Strasse 1 Hatvani

Ecke Schönbauer Allee, Eingang Danziger Straße. Sprechstunden von 9-12, 2-7, Sonntags und Feiertags 9-11.

In den letzten 2 Jahren über 2500 Gebisse zur vollsten Zufriedenheit geliefert.

